



Frauen in einer SPD-Wahlkampfveranstaltung 1969: „Aus bloßer Gewohnheit manchmal das Kreuzchen an die falsche Stelle“

BUNDESTAGSWAHL

Unterm Joch

(siehe Titelbild)

Schauen Sie sich doch mal die modernen Frauen an! Glauben Sie, die lassen sich noch lange gefallen, als dümmere Hälfte der Menschheit behandelt zu werden?

SPD-Bundestagsabgeordnete Elfriede Eilers.

Ich kann mich nicht dazu entscheiden, daß mehr Frauen in der Politik tätig sein sollten.

Franz Josef Strauß in „Bild“.

Mir fällt ein Wort Immanuel Kants ein: Die Frau solle sich in der Politik zurückhalten, damit sie instande sei, dieser die übergroße Wichtigkeit zu nehmen, welche ihr die Männer im Leben beilegen.

Kurt Georg Kiesinger in einem Aufsatz „Politik und Geist“.

Die Wahl ist entschieden“, verkünden, fünf Wochen vor dem Wahltermin, TV-Spots und großflächige Zeitungsanzeigen. Die Waschmittel-Werber behaupten es: „Alle Frauen wählen weiß.“

Das wäre neu. Denn viermal seit 1953 haben Westdeutschlands Frauen mit so überwältigender Mehrheit schwarz gewählt, daß weiße Waschriesen erblassen könnten — vor Neid ob solcher Markentreue der Kundinnen:

▷ 1953 erhielt die CDU/CSU 20 Prozent mehr Frauenstimmen als die SPD; bei den Männern dagegen betrug der CDU/CSU-Vorsprung nur sechs Prozent. Insgesamt stimmten damals 47,2 Prozent der Wählerinnen für die CDU/CSU.

▷ 1957 stieg der Vertrauensüberhang weiblicher Wähler für die Christen-Union noch weiter: Sie gaben der CDU/CSU 25 Prozent mehr Stimmen als der SPD. Mit insgesamt 53,5 Prozent aller weiblichen Wählerstimmen errang die CDU/CSU damals die absolute Mehrheit im Parlament.

▷ 1961, als der Anteil männlicher SPD-Wähler (39,7 Prozent) dem männlichen Stimmenanteil der CDU/CSU (40,3 Prozent) schon bedenklich nahe kam, sicherten christliche Wählerinnen (49,6 Prozent) den Fortbestand der CDU/CSU-Mehrheit.

▷ 1965 hätte die CDU/CSU, wenn es nach männlichem Wahlwillen gegangen wäre, die Mehrheit abtreten müssen — 44 Prozent der Männer wählten SPD, nur 42 Prozent CDU/CSU; aber der weibliche Stimmenanteil (51,7 Prozent für die CDU/CSU) sicherte den Unionsparteien wiederum Macht und Mehrheit für vier Jahre. Drei Fünftel aller Stimmen, welche die CDU/CSU für sich gewinnen konnte, stammten von Frauen.

Im Endspurt zur Wahl des sechsten Deutschen Bundestages sind Westdeutschlands Wählerinnen wieder als „Zünglein an der Waage“ („Bild“) umworden — heftiger denn je.

„Ich wandere nun“, so beginnt „Kiesinger, der Frauenfänger“ (Apo-Slogan während der Hessen-Wahlreise des Bundeskanzlers in der letzten Woche), seine Rede, wenn er zu Frauen spricht, „mit Ihnen durch das schwierige Gebiet der Politik.“ CDU-Ministerin Aenne Brauksiepe hält sich zugehörig, dem Kanzler diese — „statt herkömmlicher Damenreden“ — anspruchsvollere Art politischer Zielansprache nahegelegt zu haben.

„Frauen, Frauen und nochmals Frauen“, so hatte auch SPD-Vize Herbert Wehner schon ein Jahr nach dem letzten Wahlkampf eingesehen, seien das Reservoir, aus dem sich neue Wählerstimmen schöpfen ließen.

Und so wanderte SPD-Millionär Philip Rosenthal in seinem Wahlkreis Goslar-Wolfenbüttel beschwerliche 138 Kilometer, auf der Suche nach der deutschen Wählerin 1969. Slogan sei-

ner jüngsten, diesmal motorisierten Wahltour: „Mit Frauen reden... (Männer sind willkommen)“.

Mit roten Kochlöffeln aus Plastik, die er den Hausfrauen seines Wahlkreises zuschickt („Sie lassen nichts anbrennen. Ich auch nicht“), sucht der Hamburger SPD-Kandidat Dr. Hans Apel Frauen-Gunst zu gewinnen. Und die Bonner Parteizentrale ließ die traditionelle SPD-Farbe für diesen Wahlkampf in ein Orange mildern — „eine Frauenfarbe, in der ein gerüttelt Maß Erotik steckt“ (SPD-Wahlwerbechef Dr. Werner Müller).

Die FDP, deren Spitzen es eigentlich „mit der Emanzipation ernst meinen“ (Scheel) und deshalb die Frauen nicht gesondert ansprechen möchten, zielte dann regional doch auf eine vermeintlich weibliche Eigenschaft: Naschhaftigkeit. Im Saarland wurde FDP-Frauen-Broschüren ein „Bonbon“ aufgeklebt, „das man essen kann“. Die CDU hielt es — so in Niedersachsen — lieber mit dem verbreiteten Frauenwunsch nach kostenlosen Werbegaben: „Freundschaftsringe“ (aus Messing) umhüllten die zusammengerollte, stark verkürzte Partei-Losung — eine achttägige „Luxusreise zu zweit“ war dabei zu gewinnen.

21,1 Millionen wahlberechtigte Frauen sind es diesmal, um deren Stimmen die Parteien kämpfen — und stärker noch als bei vorausgegangenen Bundestagswahlen kann das mächtige weibliche Wählerpotential den Ausgang der Parteien-Schlacht bestimmen:

▷ 3,6 Millionen mehr Frauen als Männer sind in diesem Jahr wahlberechtigt — ein Stimmenüberhang von rund 20 Prozent gegenüber den Männern;

▷ 6,6 Millionen, also fast ein Drittel der Frauen, die diesmal zur Wahlurne gehen dürfen, sind älter als 60 Jahre. So wird am Ende fast jede

fünfte aller zur Bundestagswahl abgegebenen Stimmen von einer Frau stammen, die ihr Bild von der Welt zu einer Zeit geprägt hat, da es weder Radios noch Verkehrsflugzeuge gab.

Welches Maß an politischer Urteilsfähigkeit man sich von dem Millionenheer weiblicher Stimmbürger erhoffen dürfe und welche Sympathien für Parteien und Politiker wohl derzeit bei bundesdeutschen Frauen vorherrschen — diese beiden Fragen kamen im Wahlkampf 1969 zu höherem Rang als je zuvor.

Als „Stimmvieh“ für die CDU/CSU“ hatte der katholische Kölner Schriftsteller Heinrich Böll seine weiblichen Mitbürger verdächtigt: „Ich fürchte“, schrieb er in einem „Offenen Brief an eine deutsche Frau“, „daß Sie manchmal... aus bloßer Gewohnheit einfach das Kreuzchen an die falsche Stelle machen...“

Ritter Rainer Barzel verteidigte die Wahljugend christfrommer Wählerinnen gegen solch „ungeziemenden Angriff“: Die deutsche Frau, wies er Böll zurecht, habe stets einen „wachen Sinn für die politische Entscheidung“ und auch „ein waches Gespür für das Maß und für das Mögliche“ bewiesen.

Den Frauen das aktive Wahlrecht wieder abzusprechen, zumindest den verheirateten und den über 60jährigen, das forderte in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Twen“ der satirische Schriftsteller Felix Rexhausen (Deutschlands prominentester Frauen-tröster Walther von Hollander hatte es vor Jahren in „Constance“ schon einmal zu erwägen gegeben).

Der Vorschlag — „natürlich nur ein richtig drolliger Scherz“ (Rexhausen) — könnte sich ernstlich auf einige Dutzend Studien über weibliches Wahlverhalten stützen, deren Ergebnisse die Gießener Soziologie-Professorin Helge Pross so resümierte: „Frauen sind politisch notorisch desinteressiert und so uninformiert, daß die Wahlhandlung in vielen Fällen faktisch eine Farce ist.“

Deutschlands Wahlkämpfer, soweit sie nicht der von Frauen verhätschelten Christenunion angehören, stöhnen:

„An die Frauen ist nicht ranzukommen“ — so FDP-Wahlkämpfer und Soziologie-Professor Ralf Dahrendorf, der es nun wirklich versucht hatte. „Die Frauen ansprechen, man kann es nicht“ — so SPD-Senior Carlo Schmid. Rückblickend auf ein halbes Jahrhundert weiblicher Antipathie gegen die Sozialdemokratie, fand sich der Professor im Geist schon dem Rexhausen-Vorschlag nahe: „Das Frauenwahlrecht hat die Partei ruiniert.“

Die Befürchtung, daß Westdeutschlands Wählerinnen auch diesmal wieder — in gewohntem Abstand von der Entscheidung des männlichen Wahlvolkes — den Unionsparteien zum Sieg verhelfen würden, erhielt am Mittwoch vorletzter Woche neuen Auftrieb.

Das ZDF-„Magazin“ verbreitete ein Umfrage-Ergebnis des Allensbacher Meinungsforschungs-Instituts, wonach



Frauenstimmen-Werber Brandt
„Ich wandere nun...“



Frauenstimmen-Werber Kiesinger*
...mit Ihnen durchs schwierige...



Frauenstimmen-Werber Scheel
...Gebiet der Politik“

Westdeutschlands Frauen „per saldo“ Kurt Georg Kiesinger für den „fähigsten Politiker“ im Staate halten.

Des weiteren unkte Allensbach: Wirtschaftsminister Karl Schiller rangiere selbst bei SPD-geneigten Frauen noch um neun Prozent hinter Brandt (nur vier Prozent vor Kiesinger); von den innenpolitischen Themen interessiere die deutsche Frau vorrangig der Wunsch, „man sollte die Gammler zwingen zu arbeiten“; und schließlich: „Um aber zum Schluß den Wald vor lauter Bäumen... nicht zu übersehen“ (so die Allensbach-Verlautbarung) — 48 Prozent der deutschen Frauen hätten sich schon wieder („in der ersten Juli-Hälfte“) für die CDU/CSU erklärt.

Die Ergebnisse der Allensbach-Professorin Elisabeth Noelle-Neumann — etwa der plötzliche Popularitätsverlust Schillers und der Abscheu gegen „Gammler“ — paßten so feinfädig in das gegenwärtige Wahlkampfkonzept der Unionsparteien, daß bei anderen Umfrage-Experten schon Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Erhebung auftauchten**.

Aber daß sich das Wahl-Orakel vom Bodensee auch diesmal erfüllen könnte, daß Westdeutschlands Frauen wiederum mit großem Punktvorsprung den christlichen Parteien Triumph bereiten könnten, schließen auch andere Meinungsforschungs-Institute nicht aus (siehe Graphik Seite 34).

Sicher ist: Ein neuer Wahlsieg der CDU/CSU, errungen mit dem Vertrauensüberhang weiblicher Wähler, wäre — genau wie bei den vier vorangegangenen Bundestagswahlen — ein Sieg der politisch Unmündigen.

Übereinstimmend dokumentieren Meinungstests und Motivanalysen: In keinem anderen Lager des westdeutschen Wahlvolks sind politisches Interesse und politische Kenntnisse so gering wie bei den weiblichen Wählern der CDU, krasser noch bei denen der CSU.

Mehr als 70 Prozent aller bundesdeutschen Frauen über 60 Jahre, so ergab eine Untersuchung der Kölner Soziologen-Gruppe „PAP“ („Politische Analysen und Prognosen“), stufen sich selbst als politisch „kaum“ oder „gar nicht“ interessiert ein. Aber gerade diese Wählerinnen-Kaste entscheidet sich mit überwältigender Mehrheit und verlässlich (89,6 Prozent aller regelmäßigen Kirchgängerinnen sind auch sichere Wählerinnen) für die christlich firmierenden Parteien.

Wenn weiter „politische Gespräche in der Familie“ als Index für politischen Informationsgrad gelten können, so stehen wiederum Familien mit CDU/CSU-Neigung im negativen Sinne oben: 41 Prozent der CSU-Wähler (allgemeiner Bundesdurchschnitt:

* Mit Enkelkind Frösche, Titelblatt der CDU-Wahlkampf-Illustrierten „Frau und Politik“.

** Bei einer Umfrage des Kölner „Politische Analysen und Prognosen“-Dienstes vom Mai 1969 beispielsweise hatten die Frauen vier Themen — Wirtschafts-, Amerika-, Ost- und Schulpolitik — höher eingestuft als das Problem „Radikalismus in der Bundesrepublik“ (6,9 Prozent), das bei der Allensbacher Untersuchung mit der „Gammler“-Formulierung wohl umschrieben werden sollte.

27 Prozent) sprechen zu Haus nie über Politik.

Kanzler-Opa Kiesinger mit Enkelkind Fröschle auf den Schultern (Titelblatt der CDU-Wahlsonderausgabe von „Frau und Politik“), Staubtücher mit aufgedrucktem Frauenkopf und der Parole „Schafft Ordnung, wählt CSU“ (wie sie der München-Land-Kandidat Dr. Albert Propst verteilte) — dergleichen ist demnach noch immer das angemessene Niveau für Wahlbotschaften an weibliche Stimmbürger. Für differenziertere Wahlkampfpaßagen, so scheint es, sind Westdeutschlands Frauen noch nicht recht empfänglich.

So hätten denn die Skeptiker recht, die meinen, Frauen hätten eben keine Veranlagung zur Politik. In jahrtausendelanger Tradition hat sich die Auffassung verbreitet und verfestigt, Frauen seien ihrem Wesen nach ein für allemal zu politischem Denken und Handeln unfähig.

Es sei ihr biologisch verankertes, gleichsam mit dem Hormonhaushalt gekoppeltes Naturell, so lautet die Annahme, daß Frauen nur irrational, mit einer gefühligen Vorliebe — etwa für Männer wie Adenauer, Erhard oder Kiesinger — votieren, daß sie fast gänzlich ohne politischen Sachverstand Wahlentscheidungen treffen. (Die Waschmittelwerber, wenn sie bei Frauen die Wahl zwischen Parteien und die Neigung zu bestimmten Waschpulvern für austauschbar erklären, schließen sich diesem Urteil an.)

Aber längst haben die Soziologen, gestützt auf eine Fülle von beweiskräftigen Untersuchungen, die These als Vorurteil entlarvt. Freilich: So fest verankert ist dieses Vorurteil, daß es sich weiterhin schon als „self fulfilling prophecy“ auswirkt, als eine zwangsläufig sich selbst erfüllende Erwartung.



Soziologin Helge Pross
Die Frau soll hegen, pflegen, dienen

Daß „viele im sozialen Verhalten der Frauen, das als primär gegebener Zug ihres Wesens angesehen worden war... sich als ein geschichtlich und kulturell bedingtes Merkmal entpuppt“ habe, konstatierte die Soziologin Margarete Rudorff.

Daß die politische — und bei Wahlen zu Buch schlagende — Inferiorität der Frau „mit biologischen Tatsachen nicht das geringste zu schaffen“ habe, meint auch die Gießener Soziologin Pross. Und der Berliner Psychologe und Motivforscher Professor Otto W. Haseloff warnte: „Wir müssen uns davor hüten, auf wesensgesetzliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen zurückzugehen, also etwa, daß Frauen ihrer Natur nach unpolitisch seien.“

Analysen des Wahlverhaltens bei westdeutschen Frauen haben dieses Bild bestätigt. So führt etwa Klaus Liepelt, Chef des Bad Godesberger Instituts für Angewandte Sozialwissenschaft (Infas), den klaren Frauenüberhang bei CDU/CSU-Wählern im wesentlichen auf drei Faktoren zurück, die eindeutig sozialer und eben nicht geschlechtsspezifischer Natur sind:

- ▷ Frauen gehen häufiger in die Kirche als Männer (mindestens zwei Drittel aller katholischen Kirchgänger sind ältere Frauen).
- ▷ Es gibt weitaus mehr Frauen mit niedrigem Bildungsstand als Männer.
- ▷ Nur wenig mehr als ein Drittel der deutschen Wählerinnen ist berufstätig — gegenüber 84 Prozent bei männlichen Wählern.

Alle drei Faktoren wirken sich noch verstärkt aus durch den Umstand, daß beträchtlich mehr Frauen als Männer wahlberechtigt sind:

- ▷ wegen der durchschnittlich um fünf Jahre höheren Lebenserwartung der Frauen und
- ▷ wegen des noch immer beträchtlichen Männerdefizits nach den beiden Weltkriegen.

Daß Kontakte zur Arbeitswelt und das Maß religiöser Bindung weithin wahlentscheidend sind, zählt schon zu den Binsenweisheiten der Polit-Forscher. Liepelt: „Wo in Deutschland CDU gewählt wird, das entscheidet sich an der Zahl der Kirchtürme, wo SPD gewählt wird, an der Zahl der Fabrikschornsteine“ — unabhängig vom Geschlecht. Der 70jährige Rentner beispielsweise, der regelmäßig in die katholische Kirche geht, verhält sich bei der Wahl genauso wie die 70jährige praktizierende Katholikin.

Verblüffend aber scheint der Befund der Soziologen, daß der offenbar gravierendste Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Wählern — nämlich das mangelnde politische Interesse der Frauen — um so mehr und schließlich gegen Null schrumpft, je höher der Ausbildungsstand der weiblichen Wählerinnen in Schule und Beruf ansteigt.

So ermittelte die Kölner „PAP“-Gruppe: Während bei Frauen mit Volksschulbildung und ohne abgeschlossene Lehre sich nur 25 Prozent als „politisch interessiert“ einstufen (gegenüber 45 Prozent bei den vergleichbaren Männern), geht diese Diskrepanz bei Frauen mit Abitur oder Hochschulbildung auf nur mehr drei Prozent zurück: 81 Prozent dieser höhergebildeten Frauen-Gruppe (Männer: 84 Prozent) sind an Politik interessiert.

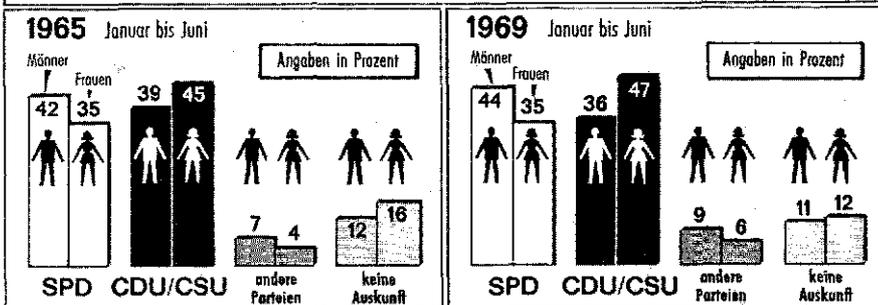
Ähnliches gilt offenbar auch für die soziale Stufenleiter im Berufsleben. Geschlechtsunterschiede im Wahlverhalten, so befand die Berliner Politologin Dr. Gabriele Sandmann-Bremme, schwinden um so mehr, je qualifizierter das Berufsniveau ist, das die Frauen erreichten.

Und noch ein weiteres soziales Steuerungsmoment erkundeten die

WANDELT SICH DIE WÄHLERGUNST?

Vergleich der Wählersympathien für CDU/CSU und SPD

(Nach Erhebungen des Bad Godesberger Instituts für Angewandte Sozialwissenschaft - Infas)



Die linke Tabelle zeigt, wie die wahlberechtigten Bundesbürger (repräsentativer Querschnitt) im ersten Halbjahr 1965 ihre Sympathien zwischen CDU/CSU und SPD verteilten. Die rechte Tabelle zeigt die gleiche Erhebung (6392 Befragte) für das erste Halbjahr 1969.

Zwar lagen bei der Bundestagswahl 1965 die tatsächlichen Wahlergebnisse höher als die Prozentwerte der vorher ermittelten Partei-Sympathien. So konnte beispielsweise die CDU/CSU im Wahlkampf 1965 noch doppelt so viele Wählerreserven für sich mobilisieren wie die SPD. Das aber änderte nichts an den schon vorher erkennbaren Sympathie-Unterschieden zwischen Männern und

Frauen, die nach Meinung der Infas-Soziologen vor allem auf den extrem hohen Anteil alleinstehender Frauen unter den CDU/CSU-Sympathisanten zurückzuführen sind. Ganz ähnlich dürfte das Sympathie-Verhältnis zwischen Männern und Frauen, ermittelt über einige Monate im ersten Halbjahr 1969, auch für die bevorstehende Bundestagswahl erhalten bleiben: Haushalte wählen in der Regel als Einheit, wenn Wähler wandern, wandern ganze Haushalte. Eine (hier nicht abgebildete) Aufschlüsselung nach Altersgruppen der Wähler läßt allerdings erkennen, daß die Gruppe der männlichen Erstwähler (21 bis 24 Jahre) diesmal einen offenbar weit stärkeren Trend zur SPD zeigt als die vergleichbare Gruppe vor der Wahl 1965.

DER SPIEGEL



Suffragetten in England (um 1900)
„Wenn die Frau aufs Schafott darf ...“

Soziologen: Die Erfahrung, daß die mittleren Jahrgänge, und zwar dort Männer und Frauen gleichermaßen, zur SPD tendieren, während weibliche Jungwähler und Altwähler beiderlei Geschlechts sich überwiegend für die CDU/CSU entscheiden, erklärt Infas-Chef Liepelt damit, daß sich die mittleren Jahrgänge — nach Heirat und Gründung eines Haushalts — von ihrem Elternhaus emanzipiert haben und „unter dem Einfluß ihrer Erfahrungen in der Arbeitswelt und finanzieller und sonstiger Probleme bei der Haushaltsgründung mehr nach links tendieren“. Die Jungwähler hingegen stünden noch allzusehr unter dem Einfluß des Elternhauses. Liepelt: „Kinder übernehmen ihre politische Ideologie vor allem von ihren Müttern, und das wird bei ihrer ersten Wahlentscheidung wirksam.“

Angesichts solcher sozialen Mechanismen, wie sie das weibliche Wahlverhalten offenbar bestimmen, machen sich denn auch SPD und FDP, bisher die Leidtragenden des politischen Desinteresses weiblicher Wähler, diesmal Hoffnungen.

Die Unterschiede in der Wahlentscheidung von Frauen und Männern würden am 28. September voraussichtlich geringer sein als bei zurückliegenden Wahlen, äußerte SPD-Chef Willy Brandt am Dienstag letzter Woche vor Bonner Journalisten. Aber der Silberstreif am Horizont leuchtet nur schwach.

Zwar will das Meinungsforschungsinstitut Infratest herausgefunden haben, daß sich auch im Bewußtsein der Frauen politische Information allmählich niederschlägt — jedenfalls da, wo ein Fernsehgerät im Wohnzimmer steht. 80 von hundert Frauen, in deren Haushalt Fernsehen empfangen wird, lassen sich, laut Infratest, unweigerlich von politischen Informationen erreichen (von hundert Frauen ohne TV-Gerät nehmen nur 48 politische Nachrichten auf). Proportional zum Ab-

satz der Fernsehindustrie wachse demnach die Zahl der politisch Erwachenden — und mithin der Frauen, die eher mit SPD oder FDP sympathisieren. Laut Infratest hat in den letzten drei Jahren unter den Frauen die Bereitschaft, der SPD die Stimme zu geben, um drei Prozent zugenommen.

Ob aber diese mähliche Aufladung der reinen Küchen-Seele mit politischer Information schon 1969 hinreichend für einen Zündfunken zum Machtwechsel der Parteien, erscheint noch höchst zweifelhaft.

Noch immer werden 80 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten in der Bildungsrubrik „Volksschule“, die Hälfte von ihnen in der Rubrik „Volksschule ohne abgeschlossene Lehre“ geführt. Und zwei Drittel der deutschen Wählerinnen befinden sich im Status der „Nur-Hausfrau“.

Sie sind im Einklang mit dem Rollenschema, das die Gesellschaft ihnen zuweist. Nach einer Umfrage der Infas-Forscher sind immer noch drei Viertel aller bundesdeutschen Männer der Ansicht, es sei „nicht normal“, wenn Frauen berufstätig sind — dies freilich nur ein Indiz dafür, wie sehr sich die vielberufene Emanzipation der Frau festgefahren hat: in juristischer Gleichstellung der beiden Geschlechter, einem bißchen Verbandswesen der Frauen und in der zögernden Anerkennung für eine schmale weibliche Elite.

Wenig mehr sei von der Emanzipationsbewegung übriggeblieben, bemerkte einmal der Philosoph Ernst Bloch, „als die Befreiung vom Korsett und das Recht, zu rauchen, zu wählen und zu studieren“.

Als vorletzter Woche einige hundert „affilierte Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Pädagogik und der Frauenarbeit“ (so die Presseverlautbarung) in Hamburg zu einem internationalen Frauentreffen zusammenkamen, hießen die drei

Hauptforderungen ihrer Schlußresolution:

- ▷ stärkeres Engagement der Frau in der Politik,
- ▷ bessere Ausbildung für Mädchen,
- ▷ Wegfall der Differenzierung in männliche und weibliche Berufe.

Das waren nahezu im Wortlaut noch dieselben Forderungen, wie sie die Suffragetten um die Jahrhundertwende formuliert hatten, als sie, vor allem in England, in Reifröcken und hochgeschürzten Stiefeletten den Aufruhr gegen die Männerherrschaft schürten.

Der Anstoß dazu war schon mehr als hundert Jahre vorher aus Frankreich gekommen. Mit einem Donnerwort hatte die Französin Olympe de Gouges im November 1793 vor dem Revolutionstribunal die 17 Artikel einer „Erklärung der Frauenrechte“ begründet: „Wenn die Frau das Recht hat, das Schafott zu besteigen, dann muß sie auch das Recht haben, die Tribüne zu besteigen.“

Die Männer der Revolution befanden damals: „Die Ehrbarkeit gestattet es dem Weibe nicht, mit Männern zu diskutieren.“ Olympe de Gouges starb auf dem Schafott. Alle Frauenvereine Frankreichs wurden 1793 verboten. Die Forderung nach gleichem Recht, also auch gleichem Wahlrecht für die Frau, verstummte gleichwohl nicht mehr.

In Deutschland blieb sie vorerst Sache eifernder Frauenklubs. Als 1865 in Leipzig der Allgemeine Deutsche Frauenverein gegründet wurde — Vorläufer des deutsch-österreichischen Frauenbundes, dem die Österreicherin Marianne Hainisch („Die Brotfrage der Frau“) vorstand —, geriet die Versammlung der liberalen Damen so hitzig männerfeindlich, daß die zeitgenössische Publizistik das Ereignis als „Frauenschlacht von Leipzig“ verhöhnte.

Das änderte sich erst, als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die deutsche



... muß sie auch auf die Tribüne dürfen“: Frauenrechtlerinnen*

* Tagung des deutsch-österreichischen Frauenbundes; stehend: die Frauenrechtlerin Marianne Hainisch.

Sozialdemokratie die Forderung nach dem Frauenwahlrecht zum Bestandteil ihres Programms machte. Errungen wurde es freilich erst mit der November-Revolution von 1918 — als eine Art Kriegsbeute, wie in den meisten europäischen und vielen überseeischen Staaten.

Unpopulär blieb das Stimmrecht in Deutschland noch lange — auch bei den Frauen. Alt-Sozialist Wilhelm Liebknecht hatte schon zu bedenken gegeben: Wer den Frauen das Wahlrecht verschaffe, müsse mit Undank rechnen. „Kümmern Sie sich nicht um sie, wenn Sie was erreichen wollen“, empfahl er einer sozialdemokratischen Frauenrechtlerin. „Die sind noch rückständiger als die Männer, können gar nicht anders sein... die armen Weiber.“

Und in der Tat schlug dann das Frauenwahlrecht zuungunsten der Partei aus, die es über Generationen propagiert und schließlich durchgesetzt hatte: der SPD.

Gewinner waren die konservativen und noch mehr die konfessionell gebundenen Parteien. Es überwogen beispielsweise zwischen 1924 und 1930 in vornehmlich katholischen Gegenden die für die Zentrumspartei abgegebenen weiblichen Stimmen die der Männer ganz entschieden. Im katholischen Köln konnte das Zentrum 1924 nicht weniger als 40 Prozent weiblicher Wähler für sich gewinnen, während nur 25 Prozent der Männer dieser Partei die Stimme gaben.

Geringer, doch immer noch deutlich genug, war auch der weibliche Stimmentvorsprung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. In 8 von 76 ausgewerteten Wahlgängen der Weimarer Republik wählten mehr Frauen als Männer die konservativen Rechtsparteien. Die SPD hingegen konnte in nur fünf von 97 Wahlgängen mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen.

Der Statistik zufolge hat jedoch die anfängliche Abneigung der Wählerinnen gegen die SPD bis 1930 von Wahl zu Wahl abgenommen. Schon gegen Ende der zwanziger Jahre mobilisierte die Partei nahezu so viele weibliche Wähler, wie es dem Gesamtstimmenanteil der SPD entsprach. Zwar blieb die Wahlbeteiligung der Frauen bis zu 15 Prozent hinter der der Männer zurück. Nur bei „Krisenwahlen“ stieg sie und näherte sich bis auf fünf Prozent der männlichen Quote: so 1919, so 1932 und 1933.

Doch in ihrer Mehrheit neigten die Wählerinnen, anders als die Männer, nicht etwa zu den radikalen Parteien. Kommunisten wie Nazis blieben bis 1932 „ausgesprochene Männerparteien“ — so wie jetzt wieder die NPD. Erst 1933 kam der Stimmenanteil der NS-Wählerinnen bis auf ein Prozent an den der NS-Wähler heran.

Schon in den Monaten der Machtergreifung entfernte die NSDAP gleichwohl alle Frauen aus Parlamenten und Landesregierungen. Faktisch verloren die Frauen für die Dauer des Dritten Reiches das passive Wahlrecht und sahen sich wieder auf ihre traditionel-

DELAFORCE PORTWEIN

*für verwöhnte
Gaumen*



„His Eminence's Choice“ und „Royal Palace Port“

in den typischen Old-Style-Bottles sind die beiden Spitzensorten von Delaforce. Das ist Portwein von höchster Vollendung. Kenner wissen, daß er eine Kostbarkeit ist, jahrzehntelang im Faß gereift, mit einem sehr eleganten, edlen Bouquet. Seit Generationen genießt das Haus Delaforce, Sons & Co., Oporto, den wohlbegründeten Ruf einer der bedeutendsten Portweinkellereien. „His Eminence's Choice“ und „Royal Palace Port“ sind für anspruchsvolle Portweintrinker und die gepflegte Gastronomie überall ein Begriff. Das ist Portwein für festliche Stunden und zugleich ein Geschenk für verwöhnte Gaumen.

Alleinimport: ROLAND MARKENWAREN-IMPORT GMBH · 28 BREMEN 1

len Funktionen in Küche, Kirche und Kinderzimmer beschränkt; nun freilich zeitgemäß abgewandelt in der Forderung nationalsozialistischer Frauenführerinnen an das Regime der Männer: „Schafft uns Kinder und Gewehre“ (siehe Seite 38).

Immerhin: Während der letzten Kriegsjahre — und in den ersten Nachkriegsjahren — drangen die Frauen zusehends in die traditionelle Berufssphäre der Männer ein. Praktische Politik — im Umkreis von Kohlen- und Kartoffelrationen — durchsetzte in jenen Notjahren so sehr den Alltag der Hausfrauen, daß die Vorstellung, die weiblichen Staatsbürger könnten so bald wieder apolitisch werden, abwegig erschien.

So waren die Spitzenfunktionäre der SPD beispielsweise nach 1945 vollkommen überzeugt, die politische Integration der Frauen sei bereits komplett. Die Bestimmungen der SPD-Satzung, daß in alle Leitungsgremien der Partei auch Frauen zu wählen seien, sollte (so damals der Referent der SPD-Statutenkommission) „allenfalls noch für ein Jahr“ und „nur als Konzession gegenüber manchen Ortsvereinen“ aufrechterhalten bleiben.

Aber solche Hoffnungen erwiesen sich als Irrtum, „als frommer Wunsch“, wie die Mannheimer Soziologin Mechthild Fülles in einer jüngst erschienenen Bestandsaufnahme konstatierte*: Frauen als tätige Politikerinnen sind bis heute in der Bundesrepublik eher die Ausnahme geblieben — um so rarer, je bedeutender das politische Amt.

Von Stufe zu Stufe, so zeigte die Soziologin Sandmann-Bremme, geht der Frauenanteil innerhalb der politischen Machtpyramide nach oben hin zurück: Während die Frauen 54 Prozent der Wähler ausmachen, stellen sie nur fünf (bei der CSU) bis 18 Prozent (bei der SPD) der Parteimitglieder, kaum zehn Prozent der Kandidaten für Abgeordnetensitze — und am Ende nur sechs Prozent der Abgeordneten im Bundes-



Minister Aenne Brauksiepe
An der Spitze der Machtpyramide ...



Ex-Minister Elisabeth Schwarzhaupt
Männer scheuen die Konkurrenz

tag, weniger als in der Nationalversammlung von 1919**.

An der Bonner Regierung und Verwaltungsspitze sind Frauen gar nur noch zu zwei Prozent beteiligt. Nur dreimal rückten Frauen zum Ministeramt auf: von der CDU Aenne Brauksiepe, 57, zum Familienminister, Elisabeth Schwarzhaupt, 68, zum Gesundheitsminister, von der SPD Käte Strobel, 62, zu deren Nachfolgerin.

Aktive Parteiarbeit von Frauen stößt freilich auf erhebliche Schwierigkeiten. „Es ist nicht üblich, daß die Ehefrau abends allein das Haus verläßt“ (Minister-Frau Brigitte Schröder); „Ein Mann kann ins Parlament, auch wenn er zu Hause drei Kinder hat, einer Frau ist das verwehrt“ (Ministerin Aenne Brauksiepe); „Viele verzichten auf das Parteiamt, um ihre Ehe nicht zu gefährden“ (Soziologin Fülles) — und wenn, dann treten Partei-Damen meist erst relativ spät die Ochsentour an: „Wenn wir Frauen in die Politik eintreten, ist bereits der Lack ab“ (Brauksiepe).

Verdeckten oder offenen Widerstand fürchten Politikerinnen auch von ihren männlichen Kollegen in der Partei, die sich noch stets als „Mannschaft“ ins Bewußtsein der Wähler bringen.

„Führende Funktionen in der Partei werden doch meist von Männern besetzt“, klagt die SPD-Abgeordnete Annemarie Renger. „Obwohl die weiblichen Kandidaten oft klüger sind als die Männer, bekommen sie die Funktionen nicht.“ Ein Beispiel sei die baden-württembergische Soziologin Dr. Renate Lepsius, die nicht einmal auf die Landesliste gekommen sei, obwohl „ihr Wissen weit über dem vieler Männer“ stehe. „Ihr Auftreten“, so erklärt es Frau Renger, habe „die Männer so schockiert, daß sie die

* Mechthild Fülles: „Frauen in Partei und Parlament“, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln; 180 Seiten; 14,50 Mark.

** In Gemeinderäten sind Frauen nur zu durchschnittlich einem Prozent, in Kreistagen nur zu 4,1 Prozent vertreten.

*** Es sind insgesamt 148 Kandidatinnen, 28 weniger als 1965.

Konkurrenz dieser Frau nicht ertragen konnten“. Eine der prominentesten westdeutschen Politikerinnen, die FDP-Dame Dr. Hildegard Hamm-Brücher, ist bis heute nicht in das Präsidium ihrer Partei aufgerückt.

Daß Polit-Frauen, wenn überhaupt, häufig nicht ihrer Leistung wegen, sondern „rein aus kosmetischen Gründen“ Parteiposten erhalten, „nach dem Motto: Da muß noch eine Frau hin, damit es besser aussieht“, hatte auch die Hamburger Soziologin und Funkautorin Luc Jochimsen konstatiert. Zur Bundestagswahl 1969 scheint sich selbst dieser kosmetische Trend noch abgeschwächt zu haben.

„Ich habe den Eindruck“, so die Kölner SPD-Kandidatin Katharina Focke, „daß alle Parteien weniger Frauen aufgestellt haben als früher. Den wenigen hat man dann noch die billigen Plätze gegeben***.“ Die Christlich-Sozialen gingen da am entschiedensten vor: In allen 44 bayrischen Wahlkreisen stellte die CSU, obwohl ihr bei der letzten Wahl fast 60 Prozent der Frauen ihre Stimme gegeben hatten, keine einzige weibliche Kandidatin für den Bundestag auf.

„Statistisch bilden die Frauen die Mehrheit in dieser Gesellschaft“, konstatierte die Autorin Jochimsen. Aber hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Repräsentanz seien sie den Bantu-Negern in Südafrika zu vergleichen; über die nämlich vermerke die „Internationale Enzyklopädie der Sozialwissenschaften“: „Sie machen zwar 80 Prozent der Bevölkerung aus, aber man muß sie trotzdem als eine Minderheit definieren, ihrer untergeordneten und in jeder Hinsicht unterrepräsentierten Stellung wegen.“

So verstanden, hat sich am Minderheitenstatus der weiblichen Bevölkerung in der Bundesrepublik während der zwei Jahrzehnte seit Kriegsende wenig geändert — und es wird noch auf längere Sicht dabei bleiben:



Minister Käte Strobel
... zuwenig Einfluß der Frauen



Westdeutsche Arbeiterin
Weniger Lohn als die Männer

- ▷ Frauen erhalten durchschnittlich 25 Prozent weniger Lohn als Männer.
- ▷ 25 Prozent der weiblichen Lohnempfänger (gegenüber nur 2,9 Prozent bei den Männern) verdienen weniger als 300 Mark im Monat.
- ▷ 54 Prozent aller berufstätigen Frauen arbeiten in Dienstleistungsberufen — sozial höher bewertete Berufe sind ihnen, mit wenigen Ausnahmen, meist noch verwehrt; nur 4,3 Prozent der Staatsanwälte, nur sechs Prozent der Richter und nur 7,7 Prozent aller Wissenschaftler und wissenschaftlichen Hilfskräfte an Hochschulen sind weiblich.
- ▷ Nur 24,7 Prozent aller Studierenden an deutschen Hochschulen (die pädagogischen Akademien ausgenommen) sind weiblich; aber auch von ihnen streben mehr als die Hälfte in die seit langem sanktionierten Frauenberufe: Ärztin und Lehrerin. Von 100 Physik-Studierenden hingegen sind nur elf, von 100 Chemie-Studierenden nur 26 und von 100 Studierenden der Elektrotechnik gar nur zwei weiblichen Geschlechts.
- ▷ Noch immer verzichten 20 Prozent aller Schulabgängerinnen (gegenüber nur sechs Prozent bei den Männern) völlig auf eine Berufsausbildung.

Behinderte Aufstiegschancen, geringere Lernmotivationen schon vom Elternhaus her und die als selbstverständlich hingegenommene Diskriminierung in weiten Bereichen des Berufslebens — alle sozialen Mechanismen dieser Art zusammengenommen wirken daran mit, daß die Einstellung deutscher Wählerinnen zu den Parteien so markant vom Profil der männlichen Wähler abweicht.

Noch immer sehen sich bundesdeutsche Frauen gefangen in dem überkommenen Rollenklischee der Arbeitsteilung: Der Mann übernimmt den Lebenskampf in Fabrik und Büro,

die Frau sorgt, sobald das Ehepaar auch nur einigermaßen von einem Verdienner leben kann, für Glück allein im trauten Heim. Die Frau, so umschrieb es Soziologin Helge Pross, „soll hegen, pflegen, dienen, und wenn sie sagt: ‚Von Politik verstehe ich nichts‘, dann glaubt sie — und vielleicht ist es auch wirklich so —, daß die Umwelt bestätigend nickt und sagt: ‚Eine richtige Frau!‘“

Dieser noch fast durchgängige Status der sozialen Unterbewertung, Abhängigkeit und Unmündigkeit erklärt, wie die Soziologen meinen, ganz direkt eine Reihe von Merkmalen weiblichen Wahlverhaltens:

- ▷ „Der sozial Schwächere neigt zur Anpassung an den jeweils Mächtigeren“ (Helge Pross) — das macht die Schwäche weiblicher Wähler für die Partei, die sie mit der Staatsmacht identifizieren, verständlich.
- ▷ „Je weniger der Frau zugetraut wird, desto unsicherer wird sie...“



Westdeutsche Studentin
Hang zur Tradition

Sie unterliegt dem Gefühl, nichts ändern zu können, sie resigniert... vermeidet Konflikte“ (Soziologin Fülles) — deshalb wohl zielt ein Wahlslogan wie „Keine Experimente“ der deutschen Frau mitten ins Herz.

- ▷ Deutschlands Hausfrauen (82 Prozent aller Frauen betrachten die Sorge für Mann und Kind als Hauptinhalt und -ziel ihres Lebens) kämpfen verzweifelt gegen Schmutz, Staub, Flecken, Kratzer, „ihr wichtigstes Anliegen ist die Ordnung der Dinge — deshalb fallen Frauen so leicht auf den Ruf nach Ordnung und Sauberkeit herein, den konservative Politiker als Hauptargument benutzen“ (so die Soziologin Karin Schrader-Kleberl, Münster).
- ▷ Politische Unwissenheit (90 Prozent aller Frauen lesen nie eine politische Zeitschrift) „macht es ihnen

unmöglich, den Vertrauenskredit, den eine Wahl darstellt, einem Programm zu geben, dann schon lieber einer Person“ (Soziologe Franz Urban Pappi, Köln) — daher wohl der deutliche Überhang von personalisierten Wahlentscheidungen bei Frauen. (Festgestellt wurde auch, daß sich männliche Wähler bei gleich niedrigem Ausbildungsstand — Helge Pross: „Auch das Gros der Männer ist sehr dämlich“ — ganz ähnlich verhalten.)

- ▷ „Der dürftigen Heimchen-amer-Herd-Rolle eine Daseinsberechtigung, eine Art existentieller Sinngebung zu bieten, dazu sind einzig noch die christlichen Kirchen imstande“ (Soziologe Hans-Dieter Klingemann, Köln) — deshalb die Neigung vieler Frauen, ihre religiöse Bindung zu bewahren, die sich dann in einem Votum für die CDU/CSU niederschlägt.

„Wer hat Angst vor der Emanzipation?“ fragte unlängst die Journalistin Jutta Wilhelmi in der „Zeit“, und sie kam zu dem Schluß: Am ehesten wohl „die Frauen selbst“. Nur zu gern lassen sie sich auf das soziale Rollenbild fixieren, das ihnen Entfaltung durch Bildung und Beruf verwehrt — und ihnen zugleich ein Alibi für Trägheit, Bequemlichkeit und Indifferenz bietet: „Alte, eingefahrene Rollen lassen sich leichter spielen, als neue mit Inhalt füllen.“

Auch in der aktiven Politik wirkt solch einengendes Selbstverständnis bei Frauen noch beträchtlich: Allerorten lassen sich Parteidamen willig abschieben auf politische Randressorts wie Soziales, Volksbildung, Gesundheitswesen und „Frauenarbeit“. Das intensive Vereinsgeklügel der Frauenorganisationen hat die Isolierung der Frauen innerhalb der Parteien sichtlich noch gefördert. „Die Frauen-Vereinigungen machen den Fehler“, so gestand auch die Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der



Westdeutsche Hausfrau
Gefangene ihrer Rolle



Apo-Demonstrantinnen, Vertriebenen-Frauen: Sachverständig oder gefühlvoll?

SPD, Annemarie Renger, „daß sie meinen, sie müßten sich nur mit spezifisch fraulichen Dingen beschäftigen.“

Daß dieses nicht länger not tue, daß vielmehr die Frauen im Wahlkampf 1969 gleichsam als vollsaftige Polit-Gesprächspartner mit hohem Vernunftsgrad einzustufen seien, wurden die Parteispitzen in den ersten Wochen der Wahlschlacht nicht müde zu versichern: „Ich kann nicht finden, daß die Frauen politisch nicht interessiert sind“ (Kiesinger), „...immer wieder für die stärkere Integrierung der Frau bis hinauf in die Führungsspitze plädiert“ (Brandt), „...politische Appelle in gleicher Weise an Frauen und Männer“ (Scheel).

Aber als es dann ans Drucken der Wahlbroschüren und ans Organisieren von Wahlreden und -reisen ging, verfielen sie doch allesamt wieder auf die alte Seelenmassage.

▷ Bei der CDU/CSU: „Einfache Wahlkampf-Slogans mit deutlichem Be-



zug auf frühere Wahlkämpfe und Personalisierung auf Kiesinger finden bei Frauen die meiste Resonanz“ (CDU-Wahlkampfmanager Heinz Winkler). Schnupftücher, Oster Eier und Glückspennige wurden verteilt. „An weibliche Twens“, so ein CSU-Kandidat, „kann man nur rankommen durch Fez“, beispielsweise mit Schwof- und Beat-Abenden, wie sie der Münchner CSU-Bewerber Walter Zöller veranstaltete.

▷ Bei der SPD: Alle Werbemittel (einschließlich Frankenfeld und Kulenkampff) seien in diesem Wahlkampf „wesentlich freundlicher, weicher, wärmer und auflockerter“ gestaltet worden, das neue Parteiemblem sei „weicher, runder“ (so Wahl-Werbechef Werner Müller). Der baden-württembergische Kandidat Manfred Wendede, 41, von Beruf Rundfunkrepor-

* Rechts vorn: SPD-Abgeordnete Annemarie Renger.



Weibliche Bundestagsabgeordnete*: Angst vor der eigenen Courage?

Die Möglichkeit, Ihre Mark jetzt selbst aufzuwerten: GG-FONDS M 17

Legen Sie Ihr Geld so sicher an, daß es auch von Geldwertkrisen nicht beeinflußt werden kann. Z. B. im GG-FONDS M 17 (Grundstücks- und Gebäudefonds) der Heinz Mosch Treuhand. Anteile am 14,4 Mill. Fonds mit Objekten in Mainz und Bad Neuenahr schon ab DM 1.000,-.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

* **namentliche Grundbucheintragung, dadurch höchste Sicherheit und alle Vorteile des Hausbesitzes**

* **sichere und solide Rendite:**

bis 13,6% p. a. je nach Steuerprogression

* **laufende Wertsteigerung von Grund und Boden; der Wert des Hauses wächst mit.**

Werfen Sie jetzt Ihr Vermögen auf. Zeichnen Sie GG-FONDS. Entschließen Sie sich zu diesem Schritt, mit dem Sie anderen heute und immer voraus sein können.

HEINZ MOSCH

Bauunternehmung - Baufinanzierung
Wirtschaftliche Betrauung

62 Wiesbaden 1 - Langenbeckstraße 9
Tel. 061-21/39141

10 Berlin 61 - Wilhelmstraße 123/124
Tel. 03 11 / 180681

53 Bonn - Friedrich-Ebert-Allee 130
Tel. 0 22 21 / 225933

68 Mannheim - Augusta-Anlage 21-23
Tel. 06 21 / 4 30 87-9

80 München 19 - Leonrodstraße 54
Tel. 08 11 / 5 13 30 41

Coupon-NR. GG/36/5

Ich möchte mehr über GG-FONDS M 17 wissen. Übersenden Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihre Prospekte.

Name

Wohnort

Straße

ausschneiden, aufkleben, absenden

ter, veranstaltete bunte Nachmittage mit Musik, Kaffee und Kuchen und überdies eine „Nudelfahrt nach Endersbach“ (Besichtigungstour per Bus zur Nudelfabrik Birkel).

▷ Bei der FDP: Mit einer Tombola, bei der es Haarteile (nicht Zöpfe) zu gewinnen gab, schmeichelte sich Karl Moersch, FDP-Kandidat von Ludwigsburg, in Frauenherzen. Partei-Chef Scheel findet, wie FDP-Kandidatin Liselotte Funcke meint, bei Frauen ohnehin Anklang, „weil er ein so liebenswürdiger und fröhlicher Mensch ist“.

Die NPD, bislang von den Frauen kaum halb soviel begünstigt wie von deutschen Männern, würde zwar auch gern werben, vielleicht speziell an die Adresse treu-deutscher Trachtenmädels, aber „wir haben kein Geld und nicht den Apparat, speziell die Frauen anzusprechen“ (so der zweite NPD-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Gerd Grabendorff). Ersatzlösung: „Wir sprechen alle Volksschichten an. Hunderttausend Frauen wünschen ihren heimischen Herd oder leiden darunter, daß sie ihn nicht bekommen.“

Daß Kaffeeklatsch und „Cheesinger-Lächeln“ („Hamburger Morgenpost“), daß Blumen und Bonbons, Bootsfahrten und Gratis-Aschenbecher nötig sind, wenn man schon Frauen auf die Wahlstatt locken will, erwies sich — trotz aller Beteuerungen der Parteiführer — auch diesmal wieder (siehe Seite 46).

Zu fünf, acht oder zehn Prozent höchstens bevölkern Frauen den Versammlungssaal bei einer durchschnittlichen Wahlveranstaltung. Und auch die paar Versprengten oder Mitgebrachten spiegeln dann allzuoft noch jenes trostlose Bild von politischer Umnachtung wider, das Carlo Schmid zu dem Stoßseufzer veranlaßte: „Es gibt eben Postulate der Gerechtigkeit“ (er meinte das Frauenwahlrecht), „unter deren Joch man sich beugen muß.“

Entweder sie schweigen verbissen, halb gelangweilt, halb hilflos: Bei einer SPD-Fragestunde mit Fraktionschef Helmut Schmidt in Hamburg-Bergedorf Dienstag letzter Woche gab es keine einzige Wortmeldung von Frauen. Oder sie stürmen, wenn der Star und Herzensbrecher auftritt, ans Podium, erhaschen ein Autogramm, schwenken es triumphierend und verlassen sogleich den Saal wieder, ausrufend: „Ich hab's“ (so geschehen bei einer CDU-Versammlung mit Gerhard Schröder in Hamburg-Harburg am Montag letzter Woche).

Sie klatschen Beifall, wenn der Redner Ruhe und Sicherheit beschwört (so bei Schröder in Hamburg) oder wenn — wie vorletzte Woche bei einer gezielten Frauenveranstaltung der FDP im Ostseebad Grömitz (Thema: „Machen Kinder unfrei?“) — endlich ein Zuhörer aufsteht und sagt: „Die Frauen gehören ins Haus zu Mann und Kindern. Berufstätigkeit der Frau macht die Gesellschaft kaputt.“

„Wenn überhaupt“, so befand der nordrhein-westfälische FDP-Funktionär Karl-Heinz Schnücke, dann sind

es „nur die Jüngeren“, die mitdiskutieren, oder solche, die „von Berufs wegen an freie Rede gewöhnt sind“: Lehrerinnen, Studentinnen, Sozialarbeiterinnen.

Die Zahl der Frauen mit politischem Sachverstand mag zunehmen. Aber 24 000 Abiturientinnen jährlich machen, bei 21 Millionen weiblichen Wahlberechtigten, noch kein Utopia: „Das Problem mit den Frauen“, so SPD-Fraktionschef Schmidt in Hamburg, „werden wir nicht vor Ablauf der nächsten 40 Jahre gelöst haben.“

Zu mächtig sind das überkommene Rollenschema, das die Frau an den Herd verweist, und ihre soziale Benachteiligung wirksam, als daß Deutschlands weibliche Wählerschaft die (noch dazu bequemen) Fesseln der

doch die „vornehmste Aufgabe“ für eine Frau; wichtig sei auch, „den negativen Charakter des Bildes von der Nur-Hausfrau endlich zu beseitigen“ (Brauksiepe auf einer katholischen Frauentagung im Juni dieses Jahres).

„Ich würde keiner Frau raten, die Bürde eines (politischen) Amtes zu übernehmen“, warnte Eugen Gerstenmaier, CDU.

Und daß sich die deutsche Frau zu bewähren habe „in der stillen Arbeit zu Hause, in der Familie“ (Wilhelm II.), daran dachte wohl auch Bundeskanzler Kiesinger, als er schrieb: „Ich frage mich manchmal, ob unsere Mädchen und Frauen in dieser Welt nicht besser fahren, denn sie sind, wenn sie keine Männerberufe ausüben, den Sachzwängen weniger ausgesetzt...“



Stimmabgabe bei der Bundestagswahl (1965): „In vielen Fällen eine Farce“

politischen Unmündigkeit schon bald abstreifen könnte.

Selbst Apo-Mädchen — wenn auch nicht gerade die Kanzler-Provokateurin Beate Klarsfeld — werden auf Politversammlungen mit dem Strickstrumpf angetroffen. Und in einer Art Autobiographie der West-Berliner „Kommune 2“ wurde an einer Stelle der selbstquälerischen Dauer-Diskussion kritisch angemerkt: „Es war jetzt nicht mehr zu übersehen, daß die Frauen in der Küche kochten, während die Männer politisch diskutierten“ (das wurde durch Änderung des Dienstplans abgestellt).

Daß die Frau ins Haus gehöre und dort bleiben solle, meinen viele recht-schaffene deutsche Frauen und Männer — nicht nur im Parkett von Wahllokalen. „Wir sollten alles tun“, so hatte es einst Franz Joseph Wuermeling, CDU, damals noch Bundesfamilienminister, programmatisch formuliert, „um den Müttern den Verzicht auf familienfremde Tätigkeit leichtzumachen.“

Familienpflichten, meinte auch Aenne Brauksiepe, CDU, seien denn

Im Büro der CSU-Landtagsfraktion im Münchner Maximilianeum sagte es ein prominenter CSU-Funktionär am Dienstag letzter Woche viel direkter: „Im Prinzip müssen wir darauf sehen, daß die Frau sich nicht zuviel mit Politik beschäftigt, denn bessere Verhältnisse, als wir sie heute in Bayern für unsere Partei antreffen, gibt es nicht — sie werden schon so immer schlechter.“

In keiner Partei ist der Anteil der Wähler, die unter dem niedrigsten Bildungsindex („Volksschule ohne abgeschlossene Lehre“) eingestuft werden, so groß wie in der CSU: 55 Prozent. Und zwei Drittel dieses CSU-Wählertyps sind Frauen.

CSU-Pressesprecher Dieter Kiehl deutete das so: „Die Tatsache, daß mehr Frauen als Männer CSU wählen, ist ein Beweis für die Vernunft, mit der sie wählen.“

Privat freilich, vertraute er dem Münchner SPIEGEL-Korrespondenten an, vertrete er die entgegengesetzte Ansicht.